

Statement

von

Peter Driessen
Hauptgeschäftsführer
des
Bayerischen Industrie- und Handelskammertages

anlässlich

der
Bayerischen Konjunkturpressekonferenz
am 18.10.2011, 10:30 Uhr,
IHK München, Clubraum

Sehr geehrte Damen und Herren,

noch sind die Auftragsbücher voll und die Kapazitäten ausgelastet. Daher sind die Unternehmen weiterhin sehr zufrieden mit ihrer aktuellen Lage. Doch die Euphorie bröckelt, denn die Staatsschuldenkrise hat einen Stimmungswandel eingeläutet. Die Unternehmen befürchten, dass In- und Auslandsnachfrage nachlassen. Sie haben ihre Erwartungen deutlich zurückgeschraubt. Das Wachstum in Bayern wird sich damit deutlich abschwächen. Dies ist das Fazit der aktuellen Konjkturumfrage der bayerischen IHKs unter mehr als 3.800 Unternehmen.

Der BIHK-Konjunkturindex, der Geschäftslage und Geschäftserwartungen in einem Wert zusammenfasst, ist von seinem bisherigen Höchststand im Frühjahr von 136 Punkten auf 125 Punkte deutlich gesunken. Er liegt damit aber immer noch über dem langjährigen Durchschnitt von 106 Punkten.

Ursache dafür ist die weiterhin sehr gute Lagebeurteilung der Unternehmen. So bezeichnen 51 Prozent ihre derzeitige Situation als „gut“ und nur 7 Prozent als „schlecht“. Der Saldo aus zufriedenen und unzufriedenen Unternehmen ist nur leicht um 1 Punkt unter den bisherigen Höchststand vom Frühjahr dieses Jahres von 45 Punkten gesunken.

Doch für die kommenden 12 Monate ergibt sich ein anderes Bild: Das Vertrauen in einen weiter anhaltenden Boom ist verflogen. Der Saldo der Geschäftserwartungen ist von 28 auf 8 Punkte eingebrochen. Dabei blicken 22 Prozent der Unternehmen optimistisch aber 14 Prozent pessimistisch in die Zukunft. Die Zurückhaltung zeigt sich bereits bei den Investitionsplänen, was zu einer Abschwächung der Inlandsnachfrage führen wird.

Im Vergleich dazu bleiben die Beschäftigungserwartungen erfreulicherweise recht stabil: 18 Prozent der Unternehmen planen einen Stellenaufbau, 72 Prozent wollen ihr Personal halten. Damit steht bei rund 90 Prozent der bayerischen Unternehmen ein Arbeitsplatzabbau nicht auf der Tagesordnung. Die Arbeitslosigkeit in Bayern dürfte damit erst einmal niedrig bleiben und dafür sorgen, dass die Inlandsnachfrage nicht allzu sehr leidet.

Wie sehen nun unsere Ergebnisse im Einzelnen aus?

Zunächst ein Blick auf die sogenannten konjunkturellen Spätindikatoren wie Geschäftslage, Auftragsvolumen aus dem In- und Ausland sowie die tatsächliche Kapazitätsauslastung. Sie verdeutlichen die Entwicklung der einzelnen Branchen in den vergangenen sechs Monaten bis heute.

Die Industrie profitiert von der günstigen Geschäftsentwicklung der letzten Monate. Aktuell bezeichnen 55 Prozent der Unternehmen ihre Geschäftslage als „gut“ und nur 7 Prozent als „schlecht“. Per Saldo liegen die Lageurteile mit 48 Punkten nur knapp unterhalb ihres Werts vom Frühjahr, als sie mit 51 Punkten einen neuen Rekord markierten. Ein geringeres Auftragsplus aus dem In- und Ausland deutet jedoch bereits auf ein abflachendes Wachstum hin. Die Unternehmen wollen über eine höhere Kapazitätsauslastung die Aufträge möglichst schnell abarbeiten.

Innerhalb der Industrie herrscht vor allem bei den Fahrzeugbauern und den Chemieunternehmen große Zufriedenheit. Demgegenüber profitieren die Ernährungswirtschaft und das Papier- und Druckgewerbe auch weiterhin weniger stark vom Aufschwung.

Eng verbunden mit der Industrie sind die unternehmensnahen Dienstleister. Auch sie sind mit der derzeitigen Situation sehr zufrieden. Steigende Umsatzzahlen haben die Auslastung der bayerischen Dienstleistungsunternehmen seit Frühjahr insgesamt weiter verbessert. Jedes zweite Unternehmen bezeichnet seine Geschäftslage daher als „gut“ und nur 7 Prozent als „schlecht“.

Die Bauwirtschaft hat von den Investitionen der Wirtschaft in den vergangenen Monaten profitiert. Darüber hinaus be-

scheren die niedrige Arbeitslosigkeit und die Suche nach einer sicheren Anlagemöglichkeit den bayerischen Bauunternehmen steigende Aufträge im privaten Wohnungsbau. Auch wenn der öffentliche Sektor seine Aufträge nochmals weiter zurückgefahren hat, sind die Kapazitäten der Bauwirtschaft insgesamt gut ausgelastet. Dementsprechend zufrieden sind die Unternehmen: Der Saldo der Geschäftslage ist von 36 auf 45 Punkte weiter gestiegen und hat damit den höchsten Stand seit beinahe 20 Jahren erreicht.

Ebenso zufrieden mit ihrer aktuellen Situation sind die Einzelhändler. Die Lageurteile sind per Saldo von 35 auf 42 Punkte weiter nach oben geklettert. Von der guten Entwicklung des privaten Wohnungsbaus profitieren nach wie vor auch die Möbel- und Einrichtungshäuser sowie die Baumärkte. Aber auch insgesamt berichten die bayerischen Einzelhändler von gestiegenen Umsätzen in den vergangenen sechs Monaten.

Im Fahrwasser der boomenden Inlands- und Auslandsnachfrage haben die Großhändler in den vergangenen sechs Monaten gute Geschäfte gemacht. Aktuell bewerten sie ihre Geschäftslage zwar etwas schlechter als zuletzt - der Saldo der Geschäftslage ist von 47 auf 43 Punkte gesunken - im langfristigen Vergleich fallen die Bewertungen allerdings immer noch günstig aus.

Optimismus bricht weg – Skepsis nimmt zu

Spannender als der Blick zurück ist natürlich der Blick nach vorne. Wir haben – wie immer – die Frühindikatoren wie Geschäfts- und Auftragserwartungen sowie die erwartete Kapazitätsauslastung untersucht. Mit ihnen ermitteln wir, wie die Unternehmen die wirtschaftliche Entwicklung prognostizieren.

Die Euphorie der Industrieunternehmen ist verflogen: Per Saldo sind die Geschäftserwartungen von 29 auf 5 Punkte eingebrochen. Nachdem im Frühjahr die Unternehmen noch mit einem deutlichen Auftragsplus im In- und Auslandsgeschäft gerechnet haben, macht sich nun Ernüchterung breit: Die Unternehmen erwarten lediglich noch ein kleines Auftragsplus. Besonders stark haben sich die Absatzperspektiven nach Nordamerika und ins europäische Ausland eingetrübt. Aufgrund dieser verhaltenen Aussichten und der Unsicherheit über die Finanzmarktstabilität treten die Unternehmen bei Investitionen und Neueinstellungen auf die Bremse.

Die Vorleistungsgüterproduzenten, wie beispielsweise die Hersteller von Metallerzeugnissen, sind in der Regel die ersten, die eine Wachstumsschwäche in anderen Wirtschaftszweigen spüren. Aktuell haben sie ihre Perspektiven deutlich nach unten korrigiert: Sowohl die Geschäftserwartungen –

der Saldo ist von 30 Punkte auf 1 Punkt abgesackt – als auch die Auftragserwartungen sind eingebrochen.

Skepsis herrscht auch bei den Investitionsgüterproduzenten. Dies zeigt, dass auch sie mit einer nachlassenden Investitionsdynamik rechnen. Besonders deutlich haben die Maschinenbauer ihre Zukunftseinschätzungen reduziert. Dennoch haben sie ihre Personalpläne verhältnismäßig moderat korrigiert. Weiterhin wollen deutlich mehr Unternehmen Beschäftigung auf- als abbauen.

Von der äußerst guten Stimmung im Frühjahr haben sich auch die Dienstleister verabschiedet. Sie rechnen in den kommenden Monaten mit Umsatzeinbußen. Der Saldo der Geschäftserwartungen fällt von 29 auf 13 Punkte. Die Unternehmen wollen ihre Investitionsbudgets nicht mehr in gleichem Maße aufstocken wie zuletzt. Ihre Personalplanungen haben sie demgegenüber nur moderat gesenkt: Aktuell beabsichtigen 23 Prozent Personal aufzubauen und lediglich 9 Prozent wollen Stellen streichen.

Die zurückhaltenden Investitionspläne bremsen den Aufschwung in der Baubranche. Zugleich sehen die Unternehmen – auch jahreszeitlich bedingt – eine schwache Auftragsentwicklung im privaten Wohnungsbau und öffentlichen Bau auf sich zukommen. Die Geschäftserwartungen der Bauunternehmen sind dementsprechend stark gefallen.

Die von der Schuldenkrise ausgelöste hohe Skepsis und nachlassende Konjunkturaussichten drücken auch auf die Stimmung der Einzelhändler. Sie kalkulieren mit einem geringeren Umsatzplus als zuletzt und korrigieren daher ebenfalls ihre Geschäftsaussichten nach unten. Der Saldo hat von 23 auf 4 Punkte nachgegeben.

Dem allgemeinen Stimmungsumschwung können sich auch die Großhändler nicht entziehen. Sie haben ihre Erwartungen ebenfalls den schwächeren Wachstumsaussichten angepasst. Besonders vorsichtig sind die auf den Handel mit Rohstoffen und Investitionsgüter spezialisierten Unternehmen. Sowohl beim In- als auch beim Auslandsgeschäft rechnen sie mit einem schwächeren Umsatzwachstum.

Risiken sind angestiegen

Wie bereits im Frühjahr haben wir Unternehmen zusätzlich nach den Risiken gefragt, die ihre künftigen Geschäfte beeinträchtigen könnten. Mehrfachantworten waren zugelassen. Die Ergebnisse finden Sie in Ihren Unterlagen.

Mit 51 Prozent der Nennungen rangiert die Sorge vor einer einbrechenden Inlandsnachfrage ganz oben. Knapp dahinter folgen die Energie- und Rohstoffpreise mit 49 Prozent und die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen mit 47 Pro-

zent. Auf den weiteren Plätzen kommen der Fachkräftemangel, Arbeitskosten, Auslandsnachfrage, Finanzierung und Wechselkurse.

Konjunkturell aufschlussreich ist vor allem der Vergleich gegenüber der Risikobewertung im Frühjahr. Drei Risiken haben aktuell stark an Bedeutung gewonnen: die Inlandsnachfrage (von 36 auf 51 Prozent), die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (von 36 auf 47 Prozent) und die Auslandsnachfrage (von 12 auf 19 Prozent).

Alle drei Risiken haben eines gemeinsam: In ihnen kommt eine außerordentlich hohe Unsicherheit über die weitere konjunkturelle Entwicklung zum Ausdruck. Die Unternehmen haben spürbar weniger Vertrauen in den Aufschwung als noch im Frühjahr. In der Zwischenzeit haben Rezessionsängste in Europa und in den USA die Unternehmen verunsichert. Zusätzlich kommt die Angst vor einer erneuten Finanz- und Bankenkrise hinzu.

Die Risikoeinschätzung lässt eine weitere Schlussfolgerung zu: Trotz nachlassender Konjunkturaussichten sehen die Unternehmen im Fachkräftemangel ein anhaltendes Risiko für ihre Zukunft. Neben den vergleichsweise positiven Beschäftigungsplänen ist dies ein weiteres Indiz dafür, dass die Arbeitslosigkeit in Bayern zunächst niedrig bleiben dürfte.

Fazit

Die bayerische Wirtschaft befindet sich aktuell in einer guten Verfassung. Allerdings deutet das nachlassende Auftragswachstum in den letzten sechs Monaten bereits auf eine Abkühlung hin.

Die Unternehmen haben noch sehr deutlich die Finanz- und Bankenkrise im Zuge der Lehman-Pleite vor Augen. Sie agieren deshalb vorsichtig. Die höhere Kapazitätsauslastung könnte daher bedeuten, dass Unternehmen vorhandene Aufträge möglichst schnell abarbeiten wollen, um Stornierungen im Zuge einer erneuten Zuspitzung auf den Finanzmärkten vorzubeugen.

Für die nächsten zwölf Monate aber gilt: Die Euphorie ist verflogen und die Skepsis über die weitere Entwicklung hat spürbar zugenommen. Zusätzlich trübt die Unsicherheit über die Finanzmarktstabilität die Aussichten. Ludwig Erhard hat schon erkannt: Mindestens 50 Prozent der Konjunktur sind Psychologie. Aktuell schätzen wir den Anteil sogar noch höher.

Allein die negative Erwartungshaltung könnte eine Abwärts-spirale in Gang setzen. Dieses Phänomen, nämlich dass die Psychologie auf die tatsächliche Entwicklung durchschlägt,

sehen wir täglich an der Börse. Es könnte aber auch in der Realwirtschaft passieren.

Die Situation auf dem bayerischen Arbeitsmarkt dürfte hingegen zunächst einmal stabil bleiben.

Wirtschaftspolitische Konsequenzen

Aus den Ergebnissen leiten wir klare Forderungen an die Politik ab: Langfristig brauchen wir europaweit einen konsequenten Abbau der ausufernden Staatsverschuldung. Dies gelingt nicht von heute auf morgen. Deshalb muss jetzt kurzfristig ein Maßnahmenpaket für die hochverschuldeten Länder verabschiedet werden, das nicht sofort wieder zerredet wird. Über die Rettungsmaßnahmen wurde bisher nur Zeit erkaufte, jetzt müssen auf Dauer tragfähige Lösungen auf den Tisch.

Wir wissen, dass dies keine leichte Aufgabe ist. Es gibt keine Erfahrungswerte, es gibt auch keine Patentrezepte. Auch aus der Wissenschaft kommen sehr unterschiedliche Ansätze. Jeder Lösungsansatz hat nahezu unkalkulierbare Folgen. Und was noch schlimmer ist: Es gibt keine Garantie, dass die Politik einmal beschlossene Maßnahmen konsequent umsetzt und durchhält.

Die Komplexität und die Diskussion um mögliche Konsequenzen sind ein Teil, warum Unternehmen und Bürger verunsichert sind. Einen zusätzlichen Vertrauensverlust produziert die Regierung jedoch, indem sie keine einheitliche Linie vertritt und die Parteien das Thema zum billigen Stimmenfang missbrauchen. Von der Handlungsfähigkeit der Politik sind deshalb immer weniger Menschen überzeugt.

Zumal - und das dürfen wir nicht vergessen - selbst der wirtschaftliche Musterknabe Deutschland über seine Verhältnisse lebt. Die ohnehin zu hohe Staatsverschuldung ist seit der Finanzmarktkrise und im Zuge der Rezession noch mal weiter angestiegen – im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt von 64,9 Prozent im Jahr 2007 auf 83,2 Prozent im vergangenen Jahr. Sie muss dringend abgebaut werden. Dazu brauchen wir Ausgabensenkungen und Wirtschaftswachstum gleichermaßen. Konjunkturelle Schwierigkeiten kommen und gehen wie Ebbe und Flut. Wir brauchen schlicht politischen, das heißt in erster Linie finanziellen Handlungsspielraum für die nächste Krise, wann immer sie kommen wird.

Die Voraussetzungen für dieses Wachstum sind in der bayerischen Wirtschaft vorhanden. Sie ist in guter Verfassung und ihre Produkte sind weltweit gefragt.